

Medienmitteilung

Mittwoch, 16.09.2015

Rechtsgutachten bezüglich der Mitgliedschaft von Kantonsspital Basel-Landschaft (KSBL) und Psychiatrie Basel-Landschaft (PBL) in der Wirtschaftskammer Basel-Landschaft (WiKaBL)

Geschätzte Medienschaffende

Die BDP Basel-Landschaft steht als bürgerliche Wirtschaftspartei klar hinter den Aufgaben und der Notwendigkeit von Wirtschaftsverbänden wie der WiKaBL. Die Wirtschaftsverbände erbringen wichtige Dienstleistungen zur Vernetzung und besseren Zusammenarbeit der Unternehmen, besonders der KMU. Und sie bieten den Mitgliedern eine gemeinsame Stimme in politischen Angelegenheiten. Wirtschaftsverbände wie die WiKaBL führen nachweislich aktiv politische Aktionen durch, wie z.B. Abstimmungskampagnen, Abstimmungsempfehlungen, Wahlkampfpropaganda und Wahlempfehlungen. Dies ist absolut legitim.

Es ist die Aufgabe des Staates, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Die öffentlich-rechtlichen Institutionen KSBL und PBL sind auch nach der Auslagerung als selbstständige Unternehmen im Besitz des Kantons. Die Unternehmen sind zwar operativ, d.h. unternehmerisch, frei – die Strategie (Eignerstrategie) gibt aber nach wie vor der Regierungsrat BL vor. Der Regierungsrat BL und somit auch das KSBL und die PBL unterstehen ausserdem nach wie vor der Oberaufsicht des Landrates.

Der Integration der öffentlich rechtlichen KSBL und PBL in die WiKaBL im Jahre 2013 stand die BDP Basel-Landschaft stets kritisch gegenüber. Denn sowohl die Bundesverfassung, als auch die kantonale Verfassung schreiben vor, dass staatliche Institutionen und öffentlich-rechtliche Unternehmen (wie das KSBL und die PBL) politisch unabhängig sein müssen. Durch die Integration des KSBL und PBL in die Wirtschaftskammer entstand somit ein deutlicher Interessenskonflikt.

Mit dem uns seit Dienstag, 15.09.2015 vorliegenden Rechtsgutachten von lic.iur Kaspar Noser ist für nun klar, dass die Mitgliedschaft von KSBL und PBL in der WiKaBL sowohl politisch, wie auch juristisch, nicht haltbar ist. Die Unternehmen KSBL und PBL sind staatliche Unternehmen und als solche zur politischen Neutralität verpflichtet. Die WiKaBL ist jedoch politisch aktiv, entsprechend ihrem Vereinszweck. Die Mitgliedschaft der beiden Unternehmen in der WiKaBL verträgt sich somit nicht mit dem Gebot der politischen Neutralität. Auch durch die Nichtbeachtung des Transparenzgebotes (Verweigerung Offenlegung von Mitgliederbeitrag und PK-Zahlungen) verletzen die Unternehmen KSBL und PBL ihre Pflicht, sich politisch neutral zu verhalten.

Stossend ist für die BDP Basel-Landschaft ausserdem die Tatsache, dass durch die Integration des KSBL und der PBL in die Wirtschaftskammer die Allgemeinheit (d.h. alle Steuerzahler im Kanton BL) durch die Krankenkassenbeiträge, Mitgliederbeiträge und Pensionskassengelder am Umsatz der Wirtschaftskammer indirekt teilhaben und damit einseitige Wahl- und Abstimmungskampagnen indirekt unterstützen. Dies entspricht nicht unserer Auffassung eines demokratischen Systems.

Die BDP Basel-Landschaft fordert deshalb den Regierungsrat Basel-Landschaft auf, diesen rechtsunsicheren Zustand zu beseitigen. Sowohl die Glaubwürdigkeit eines Wirtschaftsverbandes wie auch die Glaubwürdigkeit des Kantons Basel-Landschaft stehen auf dem Spiel, wenn dieser rechtsunsichere Zustand weiter aufrechterhalten wird. Die BDP Basel-Landschaft fordert die Regierung Basel-Landschaft unmissverständlich auf, die Ausgliederung von KSBL und PBL aus der Wirtschaftskammer BL unverzüglich einzuleiten.

Bürgerliche Grüsse
BDP Basel-Landschaft

Marie-Therese
Präsidentin
079 380 45 43

Müller Marc Bürgi
Vizepräsident
079 750 67 62